

INHALT

<i>Andreas Rostek</i> „Angst habe ich nicht. Aber es stinkt.“ <i>Zu diesem Buch</i>	7
<i>Konrad Schuller</i> Kaczykistan	11
<i>Klaus Bachmann</i> Obrigkeitsstaat <i>Ein Gespräch mit dem Warschauer Politologen</i>	13
<i>Kaja Puto</i> Fernab vom Zentrum <i>Die Enttäuschung der Jungen</i>	41
<i>Jan Pallokat</i> Die Mitte steht rechts <i>Erkundungen unter Sympathisanten der PiS</i>	59
<i>Karolina Wigura / Jarosław Kuisz</i> Autodafés in Zeiten der Polarisierung <i>Postkommunistischer Populismus in Polen</i>	81
<i>Konrad Schuller</i> Machiavelli, Carl Schmitt – und Kaczyński <i>Nachdenken über den starken Mann in Polen</i>	95
<i>Chris Niedenthal</i> Die Gesichter des Protests	109

<i>Jacek Dehnel</i> Sprache der verbrannten Erde	123
<i>Piotr Buras</i> De-Europäisierung <i>Polens Kollisionskurs in der EU</i>	131
<i>Konrad Schuller</i> Die andere Seite des Moskauhassers <i>Polens Verteidigungsminister Antoni Macierewicz</i>	165
<i>Magdalena Gwóźdź-Palokat / Magdalena Karpińska</i> Hier ist Polen <i>Angst, Fremdenfeindlichkeit und rechte Rhetorik</i>	173
<i>Irene Hahn-Fuhr / Gert Röhrborn</i> „It's the economy, stupid“ – oder? <i>Wirtschafts- und Sozialpolitik der PiS</i>	185
<i>Krzysztof Ruchniewicz</i> Das Dilemma des Historikers <i>Zur Geschichtspolitik der PiS</i>	199
<i>Przemysław Czapliński</i> Eine verspätete Moderne <i>Der Hintergrund der Krise</i>	213
<i>Andrzej Kopacki</i> Zwei Gedichte	234

„ANGST HABE ICH NICHT. ABER ES STINKT.“

Zu diesem Buch

Andreas Rostek

Am 1. Mai 2004 trat Polen der Europäischen Union bei, zusammen mit vielen anderen Beitrittskandidaten aus dem Osten und Südosten Europas. Erinnern Sie sich noch? Ich erinnere mich sehr wohl an die Freudenausbrüche, an die überschwänglichen Glückwünsche, die zwischen Freunden und Freundinnen in Warschau und Berlin hin und her gingen. Selbst der Sozialdemokrat Brandt wurde bemüht mit seinem längst kanonisierten Spruch: Da wuchs zusammen, was zusammen gehört.

Keine 15 Jahre später ist es aus mit der Europabegeisterung der polnischen Nachbarn (wenn auch nicht der Freunde, die sich seinerzeit so freuen konnten). Jetzt wird der Machthaber in Warschau, der Vorsitzende der Regierungspartei PiS Kaczyński, mit den Worten zitiert, Europa sei keine Chance mehr, sondern eine Gefahr.

Eine Gefahr für wen?

Im Sommer 2017 gingen viele Tausend in Warschau und in anderen polnischen Städten auf die Straße, um sich dagegen zu wehren, was mit ihrem Land im Namen der „De-Europäisierung“ geschehen sollte. Da war der Umbau von Staat und Gesellschaft in Polen schon recht weit vorangeschritten, und die europäischen Nachbarn – in Brüssel wie in Berlin oder Paris – rieben sich ungläubig die Augen.

Diese *e.fT* *Flugschrift* versucht, Antworten auf die Frage zu finden, wie es dazu kommen konnte, dass in Warschau eine Partei, die es bei den Wahlen 2015 auf 5.711.887 Stimmen brachte – das sind bei 30.732.398 Wahlberechtigten in Polen rund 18 Prozent aller Wahlbürger – das Land zu einem „Obrigkeitsstaat“ umbaut, wie es der Warschauer Politologe Klaus

Bachmann in diesem Buch formuliert. Es gibt auf die Frage nicht nur eine Antwort, einfache Antworten gibt es schon gar nicht, deshalb kommen hier sehr unterschiedliche Autorinnen und Autoren zu Wort, deutsche wie polnische. Sie nähern sich auf je eigene Weise den Grundproblemen unseres Nachbarlandes – deshalb sind gewisse Wiederholungen in den Texten durchaus gewollt, weil sie lehrreich sind: als Blicke aus verschiedenen Winkeln auf den Kern eines Konflikts mit langem Vorlauf.

Dieses Buch ist in kurzer Zeit entstanden, es schaut der Geschichte sozusagen im Entstehen zu; das gehört zum Charakter einer *Flugschrift*. Dazu gehört auch, dass die AutorInnen mit ihrer Sorge über das, was sie zu verstehen suchen, in aller Regel nicht hinter dem Berg halten. So liefert der aus Polen berichtende deutsche Journalist Konrad Schuller in dem einleitenden Text gleich eine Zuspitzung, die in dem Stichwort „Kaczykistan“ gipfelt. Haben wir es also mit einem System ganz eigener Machart zu tun, das derzeit im Entstehen begriffen ist, gewollt und geprägt vor allem durch einen Mann: Jarosław Kaczyński?

Kann er sich durchsetzen mit seinem Ziel: dem Aufbau einer anderen Republik, die eher mit Vorläufern aus den dreißiger Jahren des letzten Jahrhunderts zu tun hat als mit dem Polen, das in den vergangenen nicht einmal dreißig Jahren entstanden ist? Kaczyński will ein Land umbauen, das erfolgreich den Anschluss an Europa gefunden hatte, das zu einer lebendigen Stimme in Europa geworden war. Das verlief sicher nicht ohne Rückschläge, Friktionen und Verlierer. Aber doch mit einem Ziel: ankommen in der – europäischen – Moderne.

Für Kaczyński, die PiS und ihre Anhänger ist dieses Europa, in dem wir alle leben, nicht das wahre Europa. Sein wahres Europa, christlich, verschlossen, national geprägt, das muss sich erst noch durchsetzen – mit Hilfe eines auserwählten Landes: Polen. *Polska first* eben.

Die Texte in diesem Buch gehen zahlreichen Baustellen nach: allen voran die Justiz, das heißt die Ausschaltung aller kontrollierenden Elemente, die sich dem Durchgriff einer Partei auf den Staat und seine Institutionen entgegenstellen könnten. Zu den großen Baustellen gehören die Außenpolitik und – wie könnte es anders

sein in einem europäischen, noch demokratischen Land – die öffentliche Meinung und selbst die Geschichte des eigenen Landes – wie wird sie nun erzählt? Wie darf sie noch erzählt werden?

Und Europa? Die herrschende Partei, die PiS, hat keine Außenpolitik und keine Europa-Politik, so beschreibt es der Warschauer Politikwissenschaftler Piotr Buras: „Die Situation wird bisweilen als das ‚Europäisierungsparadox‘ bezeichnet: Polens Entwicklung ist nicht ohne die EU denkbar, aber gleichzeitig wird die EU so wahrgenommen, als hielte sie Polen davon ab, seine Ziele zu erreichen.“

Und im Inneren? Die Opposition? Es gab und gibt große Demonstrationen in den Städten des Landes von den vielen, die sich *ihr* Land nicht wegnehmen lassen wollen – der Foto-Essay des Warschauer Fotografen Chris Niedenthal in diesem Buch zeigt die Gesichter dieses Protests. Auch viele Junge finden in diesen Monaten zur politischen Aktion, wie die junge Publizistin Kaja Puto beschreibt – aber unter den Jungen, auch das zeigt sie ebenso wie Jan Pallokat, der in Warschau Radiokorrespondent ist, setzt sich mehr und mehr eine Rechte durch, die die rechte Regierungspartei PiS noch weit rechts überholt.

Allerdings – auch das beleuchten die Texte dieser *Flugschrift* – setzt die Partei Kaczyńskis an realen Problemen an, und sie bietet dafür greifbare Lösungen: Bisherige Regierungen haben vielfach den ländlichen Raum vernachlässigt und die großen Städte bevorzugt gefördert – das rächt sich jetzt. Und die PiS hat durch ihre Kindergeld-Aktion das Armutsrisko in vielen, vielen Familien gemildert, wie Irene Hahn-Fuhr und Gert Röhrborn von der Heinrich-Böll-Stiftung in Warschau in ihrem Beitrag ausführen, der mit der Frage überschrieben ist: *It's the economy, stupid. Oder?*

Nein, zwar spielt die Wirtschaft eine gehörige Rolle, versteht man mit ihnen, aber für den Erfolg der neuen Machthaber ist das nicht das Entscheidende. Es geht um mehr, es geht tiefer. Wie tief, erahnt man bei der Lektüre des Essays von Przemysław Czapliński, der den Zustand seines Landes als *verspätete Moderne* diagnostiziert: „Spätmoderne‘ beinhaltet meiner Auffassung nach das gleichzeitige Auftreten zweier gegensätzlicher Zustände: Fortgeschrittenheit und Verspätung.“

Das kann zu einer gefährlichen Mischung werden. „Ich bin nicht optimistisch“ zitiert die Journalistin Magdalena Gwózdź in ihrem Beitrag einen Aktivistin gegen den Umbau der Gesellschaft von rechts. Auf die Frage, was wird aus Polen, bekommt man in diesen Seiten keine hoffnungsfrohen Antworten. Zwar gebe es nicht genügend Anzeichen dafür, dass Polen bereits ein autoritäres Regime darstelle, schreiben Karolina Wigura und Jarosław Kuisz in ihrer Analyse: „Das Tragische an der Situation aber ist, dass es mindestens genauso viele Anhaltspunkte dafür gibt, dass wir es mit dem Beginn eines autoritären Systems zu tun haben, wie dafür, dass das Regime so bleiben könnte, wie es heute ist.“

„Die einzige Hoffnung ist, dass die PiS sich selbst zerlegt ...“ so die ernüchternde Prognose des Politologen Bachmann. Was wird also aus der Freude und den Hoffnungen der Warschauer Freunde aus dem Jahr 2004? Einer von ihnen ist der polnische Fotograf Tadeusz Rolke, der in seinem langen Leben viel gesehen hat. Im Interview mit dem Publizisten Arno Widmann sagte er zur Lage des Landes im Sommer 2017: „Angst habe ich nicht. Aber es stinkt.“¹

1 *Frankfurter Rundschau* vom 1. September 2017

KACZYKISTAN

Konrad Schuller

Jarosław Kaczyńskis Justizschlag in diesem Sommer stellt uns vor die Frage: Welches Wort, welches Etikett passt auf Kaczyńskis Polen? Er selbst hat oft versucht, seinem Land eines aufzukleben. Vor seinem Machtantritt war Polen für ihn eine Zeitlang „Ubekistan“ (sic) – wobei „UB“ das Kürzel des kommunistischen Geheimdienstes aus Stalins Zeit ist. Kaczyński zufolge durchwuchern dessen Geflechte bis heute Polens Justiz, was seinen Gerichtsputsch zur Rettung des Vaterlandes unausweichlich gemacht habe. Auf der anderen Seite haben Kaczyńskis Feinde in Polen längst eigene Aufkleber erfunden. Der „Präses“ wird mit Worten beschrieben, die an den Terror der Nazizeit erinnern. Von „Blitzkrieg“ ist da die Rede oder von „Befriedung“ der Justiz – wobei „Befriedung“ im Vokabular der Nazis die Chiffre für ihre Mordaktionen gegen ganze Dörfer und Städte im besetzten Polen war.

Das geht natürlich zu weit. Aber was dann? In welche Kategorie passt Kaczyński? Ist er wie Putin? Wie Erdogan? Oder zumindest wie Janukowitsch? Sein unlängst gefallenes Wort von den „Mördern“ in den Oppositionsfractionen des Sejms und ihren „Verräterfressen“ hat zwar ein mittleres Gewicht in der nach oben offenen Skala der Menschenverachtung, aber es geht nicht so weit wie etwa Putins (unbestätigte) Ankündigung, er werde den Georgier Micheil Saakaschwili „an den Eiern“ aufhängen. Auch mögliche Neigungen zur Praxis des „Köpfe Abreißen“, für die sich Janukowitsch und Erdogan stark gemacht haben, sind bei Kaczyński bisher nicht zu erkennen. Allenfalls die Einschätzung, der kommunistische General Jaruzelski verdiene eine „Kugel in den Leib“, ist von ihm überliefert. Überdies hat Kaczyński weder Nachbarländer überfallen wie Putin, noch Zehntausende ins Gefängnis geworfen wie Erdogan.

Ist er also vielleicht mit Janukowitsch vergleichbar, dem ukrainischen Autokraten, den der „Euromajdan“ von 2014 in die Flucht

trieb? Auch dessen Machtergreifung kam schließlich gewissermaßen auf leisen Sohlen, durch schrittweise Gleichschaltung von Presse, Justiz, Staatsapparat, und zunächst wenig direkte Gewalt. Absoluter Rechtsnihilismus kennzeichnet beide. Trotzdem führt auch das nicht weiter. Der fundamentale Unterschied ist, dass Janukowitschs Nihilismus aus dessen krimineller Jugend erwachsen ist, aus den Gangsterclans der Abraumhalden im Donbass und ihrem Hang zu goldenen Kloschüsseln. Kaczyński dagegen ist ein scheuer Asket, Jurist aus hochpatriotischem katholischen Elternhaus. Seine blanke Missachtung für das Gesetz und die schützende Kraft des Gesetzes speist sich nicht aus persönlicher Verworfenheit, sondern aus der traumatischen Erfahrung jenes tödlichen Rechtsversagens, das sein Land durch Deutsche und Russen erlitten hat. Später hat er diesen Nihilismus durch die begierige Lektüre von Carl Schmitt und Nicolo Machiavelli genährt, den Theoretikern der Feindschaft sowie der Lüge im Dienst des Vaterlands.

Was also ist Polen unter diesem Mann? – Es ist weder ein neues Nazireich, wie die Opposition suggeriert, noch ein hochgerüsteter Raubtierstaat wie Putins Russland oder eine Gangsterrepublik wie die Ukraine unter Janukowitsch. Es ist auch nicht das „Ubekistan“, das Kaczyński uns einmal vorgegaukelt hat. Wir werden einen ganz eigenen Namen für dieses Gebilde finden müssen, einen der seine Unverwechselbarkeit so treffend umreißt, dass kein Widerspruch möglich ist. Diesen Namen gibt es: Kaczykistan.

*Konrad Schuller ist Korrespondent der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung für Polen und die Ukraine.*

*Dieser Text erschien zum ersten Mal in der Frankfurter
Allgemeinen Sonntagszeitung vom 23. 07. 2017.
Wir danken dem Verlag der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
für die Genehmigung zum Abdruck.*

© Alle Rechte vorbehalten. Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt.
Zur Verfügung gestellt vom Frankfurter Allgemeine Archiv

OBRIGKEITSSTAAT

Ein Gespräch mit dem Warschauer Politologen Klaus Bachmann

Als Ausgangspunkt unseres Gesprächs wollen wir Ihre These nehmen, nach der Polen derzeit umgebaut wird zu einem autoritären System, zu einem autokratischen Obrigkeitsstaat ...

Klaus Bachmann: Das ist eigentlich zwei Mal das Gleiche, Obrigkeitsstaat reicht deshalb. Es gibt eine ganze Reihe von Ausdrücken in der Politikwissenschaft, aber die sind nicht wirklich gut verdaulich für normale Konsumenten. Wir reden auf Englisch von etwas, das sich *competitive authoritarianism* nennt, oder wir reden von hybriden Systemen. Das Grundproblem dabei ist, dass es ein Begriff ist, der alle Systeme beschreibt, in denen noch Wahlen stattfinden. In denen es eine Opposition gibt. In der die Legitimität der Herrschaft sozusagen durch Wahlen und durch das Volk kommt und nicht zum Beispiel durch Gott, wie bei Monarchien, in denen aber trotzdem ein Machtwechsel sehr viel unwahrscheinlicher ist als in einer normalen, pluralistischen, indirekten Demokratie. Und dann hat man in dem Sack, den man um die Begriffe *competitive authoritarianism* oder „hybride Systeme“ schnürt, plötzlich so ganz unterschiedliche Länder und Entwicklungen wie Russland, Weißrussland, die Türkei, Ungarn, Ruanda, Venezuela. Dann hat man einen Begriff gefunden, der wieder nichts beschreibt.

Wenn wir auf Deutsch darüber sprechen, dann ist vielleicht wirklich die beste Bezeichnung für dieses System der Begriff „Obrigkeitsstaat“. Wie war das im Kaiserreich? Das Kaiserreich war auch keine Diktatur, es gab regelmäßig Wahlen. Die Legitimität in Bezug auf den Kaiser, es war ja eine Monarchie, kam sozusagen von Gott, aber in Bezug auf die anderen Institutionen kam sie vom Volk. Und natürlich war ein Machtwechsel möglich; die Regierungen wechselten ja auch. Aber es passiert etwas, das

wir bei hybriden Systemen wie der Ukraine, Russland oder Weißrussland beobachten können: Die Exekutive, meistens ist es die Regierung, manchmal der Präsident wie in Venezuela oder Ruanda, schaltet all die Kontrollinstrumente aus, die es in der Verfassung gibt, oder hat sie sich einfach untergeordnet, sie also mit eigenen Leuten besetzt, sodass die sie nicht mehr kontrollieren. So kann die Exekutive auch die Machtmittel, die sie hat – von der Polizei und über die Geheimdienste bis hin zu Steuerbehörden – entsprechend einsetzen. Im russischsprachigen Bereich nennt man das „administrative Ressource“. Da taucht dann beim politischen Gegner oder bei einem Oligarchen, der den politischen Gegner unterstützt, plötzlich die Steuerfahndung auf und nimmt seine Firmen auseinander. In dem Moment aber, wo er sich bereit erklärt, die Regierung zu unterstützen, ziehen die Kontrolleure wieder ab. Das ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie man so etwas macht.

Trotzdem gibt es natürlich Wahlen, und es gibt auch eine gewisse Meinungsfreiheit und eine Opposition, und die Opposition kann sich auch austoben im Parlament, und oft genießt sie sogar Immunität. Aber sie hat eben kaum eine Chance, sich gegen diesen Apparat noch durchzusetzen, weil das ganze Gleichgewicht gestört ist, die *checks and balances* – falls es sie vorher überhaupt gegeben hat.

Wenn das die Situation ist, in die Polen nun hineingerät – steckt dahinter ein systematisches Projekt? Das Projekt eines systematischen Umbaus der Gesellschaft und des politischen Systems?

KB: Es gibt einen alten Verfassungsentwurf, der schon 2010 entwickelt wurde, und der vorsah, große Teile der Macht beim Präsidenten und nicht mehr bei der Regierung und beim Parlament zu konzentrieren. Und dann hat man das Ganze ohne *blue print*, ohne Masterplan oder ähnliches implementieren wollen. Wobei auch diese Verfassung eigentlich nur ein Plan war, der aufzeigte, *wohin* es gehen sollte. Die Idee war, wir machen eine neue Verfassung, mit der Polen eine Präsidialrepublik wird. Es gab aber wie gesagt auch damals keinen Masterplan, wie man

dahin kommt. Denn es war natürlich klar, dass die PiS alleine – und nur die PiS hat dieses Konzept vertreten – keine großen Chancen hatte, die entsprechenden Mehrheiten zu bekommen, um die Verfassung zu ändern. Sie hat also das Ziel benannt, aber nicht den Weg dahin. Der Weg wurde nach meinem Eindruck nicht geplant, sondern es ging immer nur um ein paar Schritte, die vielleicht möglich waren, und wenn man nicht mehr weiterkommt, dann gibt es einen Plan B oder einen Plan C. Das, was wir jetzt beobachten, das ist Plan B oder Plan C. Der Plan A war wahrscheinlich – das kann man nur vermuten, weil darüber nichts an die Öffentlichkeit gedrungen ist –, 2015 zum ersten Mal die Wahlen für das Präsidentenamt zu gewinnen. Das hat auch gut geklappt. Dann die Wahlen zum Parlament zu gewinnen: Auch das hat knapp geklappt. Und danach einen großen Teil des Staatshaushaltes an potentielle PiS-Wähler verteilen, sodass man deren Stimme oder deren Loyalität quasi kauft. Und dann hat man offensichtlich damit gerechnet, dass die Unterstützung für die Regierung so in die Höhe schießt, dass man anschließend vorgezogene Neuwahlen machen kann und dann eine verfassungsändernde Mehrheit bekommt. Das aber hat nicht geklappt. Denn die Meinungsumfragen zeigen zwar eine sehr stabile Unterstützung für diese Regierung, aber diese Unterstützung liegt in der Regel zwischen gut 30 Prozent und etwa 38 Prozent, so die meisten Umfragen. Derzeit liegt sie ein wenig über 40 Prozent. Aber das ist immer noch zu wenig, um Neuwahlen auszuschreiben und darauf hoffen zu können, dass man anschließend im Parlament eine Zwei-Drittel-Mehrheit bekommt. Dafür braucht man zwar nicht zwei Drittel der Wählerstimmen, aber man braucht deutlich mehr als vierzig Prozent. Das hat also nicht geklappt, und meiner Ansicht nach ist man dann dazu übergegangen, die Verfassung sozusagen auf kaltem Weg zu ändern.

(...)